

Wenn Arbeit nichts mehr wert ist



«Es braucht menschenwürdige Arbeit.»

Fredy Litscher, Gewerkschaftssekretär Liechtensteiner ArbeitnehmerInnenverband

Heute findet bereits zum zehnten Mal der Welttag für menschenwürdige Arbeit statt – ein Tag, an dem weltweit alle Gewerkschaften im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) mobilisieren und sich solidarisch zeigen. Der IGB ist die globale Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit. Das Motto für den heutigen Tag lautet «Stopp der Profitgier». Überall auf der Welt verliert die Arbeit an Wert. Grosskonzerne koordinieren die gesamten Lieferketten von der Produktion bis zum Endverkauf. Somit diktieren sie auch die Preise. Die permanenten Kostenoptimierungen setzen die Lieferketten unter Druck, was zu einer Abwärtsspirale der Löhne und Arbeitsbedingungen der Schwächsten in der Lieferkette, den Arbeitnehmenden, führt. Gezielt werden Produktionsländer wie Bangladesch, Pakistan, Kambodscha und Äthiopien mit den niedrigsten Mindestlöhnen ausgesucht. Gemäss ILO liegen die Mindestlöhne in diesen Ländern am tiefsten. Im Jahr 2013 lag der Mindestlohn beispielsweise in

Kambodscha bei 80 Dollar. Der Existenzlohn hingegen lag bei 340 Dollar. Da diese Mindestlöhne nicht ausreichen, um die Grundbedürfnisse der Arbeitnehmenden und ihrer Familien zu decken, protestierten Ende 2013 kambodschanische Fabrikarbeiter friedlich und forderten eine Erhöhung auf 160 Dollar. Gemäss der Gewerkschaft verdi hätte dies den Verkaufspreis eines 9-Franken-T-Shirts um 20 Rappen auf 9.20 Franken erhöht. Als Reaktion schoss die Militärpolizei mit Maschinengewehren auf die Protestierenden und tötete vier Menschen. Heute liegt der Mindestlohn in Kambodscha bei 153 Dollar.

Aber auch in Europa gibt es einige Produktionsländer mit extrem tiefen Mindestlöhnen. So liegen diese in Bulgarien, Mazedonien und Serbien unter 250 Euro. Selbst in Italiens Landwirtschaft und Textilindustrie sowie in Deutschlands Fleischindustrie findet man zahlreiche menschenunwürdige Beispiele. Bei der weltweiten Umfrage des IGB halten es 85 Prozent der Befragten für an der Zeit, die Regeln für die Weltwirtschaft neu zu definieren, um das Wachstum zu för-

dern und den Wohlstand zu teilen. 93 Prozent halten es für wichtig, dass ihre Regierung Position gegen den Missbrauch rechtsstaatlicher Verfahren durch Konzerne bezieht. Gemäss Sharan Burrow, Generalsekretärin des IGB, möchten die Menschen weltweite Regeln für Lieferketten, mit denen multinationale Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden. Sie wollen einen Mindestlohn, von dem man in Würde leben kann. Die Menschen haben Angst und die arbeitende Bevölkerung kämpft, um damit zurechtzukommen. Sie wissen, dass global agierende Unternehmen über die Macht verfügen, wirtschaftliche Regeln festzulegen. Das Wirtschaftssystem arbeitet zugunsten des reichsten 1 Prozents.

Der Wirtschaftskorrespondent und Autor Caspar Dohmen schreibt in seinem Buch «Profitgier ohne Grenzen»: «Im globalen Wettbewerb werden nicht nur die Löhne nach unten gedrückt, auch die Rechte von Arbeitnehmenden werden kontinuierlich abgebaut und ausgehebelt. Im Zuge der Finanzkrise wurde selbst in Europa den Gewerkschaften die Arbeit erschwert. Digitale Tagelöhner, Nullstunden-Verträge und Jobs auf Abruf gehören bereits zum europäischen Arbeitsalltag. Um die Lohnkosten zu drücken, verletzen Konzerne selbst elementare Menschenrechte. Die Digitalisierung der Wirtschaft wird die Konkurrenz der Beschäftigten um bezahlte Arbeit noch einmal drastisch verschärfen und die Macht der Konzerne vergrössern.» Die Globalisierung wird weitergehen. Um Armut zu überwinden und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu fördern, braucht es menschenwürdige Arbeit. Eine nachhaltige Produktion und ein schonender Umgang mit den knappen Ressourcen weltweit muss sicherstellen, dass kommende Generationen eine faire Entwicklungschance haben. Mit unserem bewussten Einkaufs- und Konsumverhalten haben wir Einfluss auf die Bedingungen der Arbeitnehmenden am Anfang der Lieferkette. Dies bedeutet nicht, sich dem Konsum zu verweigern, sondern sich zu informieren.